



Missbrauch bei Praktika weiterhin möglich

Pressemitteilung von Agnes Alpers, 26. August 2011

„Arbeitnehmervertreter werden bei der Ausgestaltung von Praktika bewusst vor die Tür gesetzt. Damit erreicht der wirtschaftshörige Politikstil der Bundesregierung eine neue Qualität“, kommentiert Agnes Alpers, Sprecherin für berufliche Aus- und Weiterbildung der Fraktion DIE LINKE, den Praktikaleitfaden, den das Ministerium für Arbeit und Soziales und das Ministerium für Bildung und Forschung gestern veröffentlicht haben. Alpers weiter:

„Statt zentrale Forderungen endlich umzusetzen, fügt sich die Bundesregierung ausschließlich dem Willen von Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden. Nur sie wurden zur Erstellung des Leitfadens ins Boot geholt. Dieses ignorante Vorgehen in den Hinterzimmern der Ministerien ist ein Schlag ins Gesicht aller Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden und Studierenden. So ist dem Missbrauch bei Praktika weiter Tür und Tor geöffnet.“

DIE LINKE fordert die Anerkennung des Praktikums als Lernverhältnis, das eine begrenzte Dauer aufweist

und der Praktikantin bzw. dem Praktikanten eine Mindestvergütung sowie volle Mitbestimmungsrechte bietet. Die jungen Leute sollten die Schutzregeln des Berufsbildungsgesetzes genießen, statt sich auf die Selbstverpflichtung der Unternehmen verlassen zu müssen. Denn diese Verpflichtung ist ein Scheitern in Serie. Viele Chefs missachten die Mindeststandards bei Praktika.“